

Deutschland.

Berlin, 19. Oktober. Der König gedenkt vor seiner Rückkehr von Baden-Baden nach Berlin zu vor noch einen Besuch am Großherzoglichen Hofe in Darmstadt auf eine von da erfolgte Einladung zu machen. Der Tag der Ankunft in Berlin ist noch nicht fest bestimmt, doch wird als solcher der 24. Oktober angenommen. Die Königin Augusta wird ihren Aufenthalt in Baden-Baden noch einige Zeit verlängern. — In den neuesten Hefen der „Revue des Deux mondes“ beschäftigt sich ein Herr Clerco mit diplomatischen Studien, die sich besonders auf die Vorverhandlungen beziehen, welche dem Kriege von 1866 vorausgingen. Wir sehen davon ab, wie weit die Angaben des Verfassers immer den Thatfachen entsprechen und bemerken nur, daß in diesen Studien Zweierlei als feststehend angenommen wird, 1) daß nach der Entwicklung der Dinge Preußen Frankreich gegenüber vollständig freie Hand bewahrt hatte und daß 2) Oesterreich und Frankreich schon vor dem Kriege einen Vertrag wegen der eventuellen Abtretung Venetiens abgeschlossen hatten. Zugleich wird in diesen diplomatischen Studien im Allgemeinen die Ueberlegenheit der preussischen über die französische Diplomatie anerkannt. — Nachdem die meisten Zeitungen die Versicherung eines Korrespondenten der „Magdeb. Ztg.“, daß der preussische Staatshaushalt im Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben abschließen werde, bisher im guten Glauben aufgenommen hatten, fängt man jetzt an, sceptischere Auffassungen in dieser Hinsicht kundzugeben. Und in der That werden trotz der in verschiedenen Ministerien gemachten Reduktionen die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen nicht durchweg gedeckt werden können. In dessen gehen die Blätter jetzt wieder zu weit, wenn sie von der Einführung einer neuen Steuer und von einer dem Landtage deshalb zu machenden Vorlage sprechen. Wie wir aus's Bestimmteste versichern können, ist hiervon keine Rede. Auf welchem Wege der Ausfall, der sich auf einige Millionen Thaler beläuft, gedeckt werden soll, darüber schweben zur Zeit noch die Beratungen im Staatsministerium. — Der Minister des Innern, Graf Culenburg, hat sich auf einen Tag nach Hannover begeben. Wie wir hören, steht die Reise desselben mit den wichtigsten Verhandlungen im Zusammenhang, die jetzt im Ausschuss der hannoverschen Provinzialstände über die Bildung der provinzialständischen Verwaltung stattfinden. Einige Zeitungen haben mitgeteilt, daß die die Grundzüge der künftigen provinzialständischen Verwaltung enthaltende Vorlage der Regierung bei den hannoverschen Provinzialständen eine ungünstige Aufnahme gefunden habe; zuverlässige Nachrichten melden indessen das Gegenteil und lassen annehmen, daß die vorgeschlagene Organisation die Zustimmung des Provinziallandtags finden wird. Es ist dabei zu bemerken, daß die Opposition gegen die ständische Organisation, wie sie in Hannover beabsichtigt wird, deshalb eingenommen ist, weil das ständische Prinzip beibehalten worden ist. Sie übersieht indessen hierbei, daß diejenigen Vorschläge, die in gemäßigter liberalen Kreisen behufs einer Ausgleichung in Vorschlag gebracht worden sind, bei der Organisation in den neuen Provinzen Berücksichtigung gefunden haben und daß sich daher auch die von der Regierung vorgelegten Grundzüge der Verwaltung die Zustimmung in liberalen Kreisen erfreuen. Herr v. Bennigsen, Miquel u. s. w. stehen in dieser Hinsicht durchaus nicht auf dem abspredenden Standpunkte, den ein Theil der liberalen Presse einnimmt. — Die auf der Königl. Werft in Danzig gebaute Korvette „Elisabeth“ ist am 18. d. glücklich von Stapel gelaufen. — Die „Vossische Ztg.“ läßt den Präsidenten Delbrück zu dem Zwecke nach Spanien gereist sein, um zwischen dem Zollverein und diesem Lande einen Handelsvertrag abzuschließen. Die „Voss. Ztg.“ hat hierbei vergessen, daß ein solcher Vertrag, wie auch die Verhandlungen des Zollparlaments ergeben, schon seit längerer Zeit abgeschlossen und ratifizirt worden ist. Herr Delbrück hat übrigens, wie schon erwähnt, Spanien der dortigen Verhältnisse wegen bald wieder verlassen und befindet sich jetzt mit dem Präsidenten Campaouan in Lugano. Seine Rückkehr hierher wird in Kurzem entgegen gesehen. — Der Handelsminister Graf Henselt hat zur morgenden Eröffnung des Handelstags eine Einladung erhalten. Derselbe wird, in Begleitung des Geh. Ober-Regierungs-Raths Herzog, der Einladung folgen. Eine Vertretung des Handelsministeriums auf dem Handelstage wird jedoch nicht eintreten. Die für die Verhandlungen des Handelstags aufgestellte Tagesordnung betrifft zunächst allgemeine Verkehrsfragen: außer: 1) der Organisation des Handelstags, 2) die Münzfrage, 3) das Eisenbahnfrachtwesen, 4) die Handelsgerichte, 5) die Konfessionsordnung, 6) die Wechselstempel, 7) den Marktschuss und 8) das Versicherungswesen. Alsdann bezieht sie Zollangelegenheiten und zwar in Bezug auf den Zucker, das Eisen, den Tabak, den Reis und die Lumpen. Hiervon nimmt das größte Interesse die Münzfrage in Anspruch. Der betreffende Antrag

geht in dieser Hinsicht dahin: der Handelstag soll erklären: 1) die baldige Herbeiführung einer zweckmäßigen Münzeinheit in allen deutschen Staaten erscheint nach wie vor höchst wichtig und wünschenswert, 2) was die Mobilität des künftigen einheitlichen deutschen Münzwesens anbelangt, so werden die diesbezüglichen von dem Handelstage in den Jahren 1861 und 1865 genehmigten Vorschläge zu einer auf Grund der beizubehaltenden alleinigen Silberwährung einzuführenden einheitlichen Rechnung nach Mark (1/2 Thlr.) zurückgezogen und dagegen folgendes empfohlen: 3) Münzeinheit und zugleich eine allgemeine Münzreform in Deutschland ist in der Weise herbeizuführen, daß sämtliche deutsche Staaten gleichmäßig die alleinige Goldwährung mit konsequenter Durchführung des Dezimalsystems annehmen in Anschluß an die von der internationalen Münzkonferenz in Paris im Jahre 1867 empfohlenen Grundzüge, 4) was das künftige deutsche Münzsystem nach Annahme der Goldwährung betrifft, wird insbesondere auf die Vorschläge hingewiesen, eine dem goldenen Fünffrankenstück genau gleichstehende Werts- und Rechnungseinheit mit ihren decimalen Vielfachen und mit Theilung in Hundert Schillinge einzuführen, oder auch als Rechnungseinheit den Gulden anzunehmen, als 10. Theil einer dem 25 Frankenstück identischen hauptsächlich Goldmünze mit der Theilung in 100 Kreuzer. Der Handelstag soll das Präsidium des norddeutschen Bundes und die Regierungen von Baiern, Württemberg und Baden ersuchen, auf der Basis dieser Grundzüge eine gleichmäßige Münzordnung festzustellen.

Frankfurt a. M., 19. Oktober. Der Kronprinz von Preußen ist so eben inognito mit dem Nachtcourierzuge nach Berlin hier durchgereist.

Altenburg, 19. Oktober. Herzog Joseph zu Altenburg (Oheim des regierenden Herzogs und Vater der Königin Marie von Hannover) ist bedenklich erkrankt. Man hegt die schlimmsten Befürchtungen.

Baden-Baden, 19. Oktober. Wie es heißt, beabsichtigen der König und der Kronprinz von Preußen morgen die Rückreise nach Berlin anzutreten. — General v. Moltke ist gestern hier angekommen.

München, 16. Oktober. Man muß sich fast gedrungen fühlen, ein: Mit Weile! zuzurufen, wenn man die überaus eifrigen Bemühungen der bayerischen Behörden für Hebung des Unterrichts in allen Gebieten durch neue Lehranstalten ins Auge faßt, denn noch immer folgt Projekt auf Projekt. Speziell in München wurden, abgesehen von den neu errichteten Kindergärten nach Fröbel'schem System, seit Jahresfrist vier neue palastähnliche Schulhäuser errichtet. Für junge Handlungsbefähigte wurde eine Industrie-, zur Hebung der Gewerbe eine Kunstgewerkschule errichtet. Dem ebenfalls nach München verlegten bayerischen Polytechnikum wurde ein Neubau, von Neureuther ausgeführt, angewiesen, der sich neben den benachbarten Prachtbauten König Ludwig's 1. stolz behaupten kann und alle Gebäulichkeiten der Stadt an Umfang und Zweckmäßigkeit der Einrichtung übertrifft; wie für den Bau, ist auch für die Lehrkräfte in splendorreicher Weise gesorgt, so daß das Münchener Polytechnikum wohl außer dem Züricher in Oberdeutschland seinen Nebenbuhler zu scheuen hat. Eine ebenfalls schon eröffnete Kunstschule für Mädchen ist das Werk eines Privatkreises, wurde aber von der Regierung in liberalster Weise gefördert und gesichert. Um den Unterricht durch Ordensschwestern nicht allzu sehr überhand nehmen zu lassen, sollen weitere Seminaristen für heranwachsende Lehrerinnen für niedere und höhere Unterrichtszweige errichtet werden und eben so eine weibliche Handelsschule, nachdem sich das Bedürfnis immer fühlbarer zeigt, die Erwerbsfähigkeit der in einer verhältnismäßig wohlhabenden Stadt so zahlreichen mittellosen Mädchen zu fördern. Es wäre schwärzester Umdank, allen diesen Bestrebungen gegenüber der freudigen Hoffnung auf raschen Aufschwung des geistigen Lebens sich zu verschließen, doch gründliche Hülfen ist vor Allem den bayerischen Landschulen nöthig, deren Aufblühen allenthalben durch jene Kräfte gehemmt ist, die dem Fortschritt nicht bloß auf politischem Gebiet gram sind, sondern auch eigener Beschränktheit halber dem Unterrichte die schädlichsten Schranken setzen, und diesem Uebelstande kann nur durch das neue Schulgesetz abgeholfen werden. Es wäre demnach die baldige Einberufung des Landtags von höchster Wichtigkeit, um durch die gegenwärtigen Abgeordneten, die der größten Mehrzahl nach bereit sind, die Bestrebungen des gegenwärtigen Ministeriums zu unterstützen, den Entwurf erledigen zu lassen. Und nicht bloß der Schulgesetzentwurf, sondern noch so viele Reformarbeiten für Staat, Gemeinde und Familie sind angehäuft und bedürften der raschesten Durchführung. Doch leider ist die Zeit der Einberufung der Kammer für die letzte Session der gegenwärtigen Landtagsperiode noch immer nicht festgesetzt und die Mitglieder der Reichsrathskammer können sich in's Häusliche lachen, daß das Ministerium selbst hierin dem Grundsatze: Schieben wir es auf die lange Bank einzuweichen! zu hulbigen scheint, und daß — ihr

Jagdvergügen nicht gestört wird. Man wird die letztere Bemerkung nicht hämisch nennen, wenn man die lange Liste von Entschuldigungen der hohen Herren bei Eröffnung der letzten Session ins Auge faßt. — Die Ratifizierung der bei Gelegenheit der jüngsten Militärkonferenz entworfenen süddeutschen Vertheidigungspläne, resp. der dahin bezüglichen Urkunden soll in kürzester Zeit zu erwarten sein. Die aus Offizieren Baierns, Badens und Württembergs bestehende Festungskommission wird ihren permanenten Sitz in München einnehmen. Bei dem Probefesthalten mit Hinterladern, das von einer Offizierskommission in Amberg vorgenommen wurde, hat sich das Werdergewehr am besten bewährt. An Proben und Versuchen fehlt es nicht, doch vom Wollen zum Haben ist ein großer Schritt und es ist nicht zweifelhaft, daß im Kriegsfall die preussischen Magazine miltärthätig den bedächtigen Bundesgenossen werden unterstützen müssen.

Ausland.

Wien, 18. Oktober. Das Abgeordnetenhaus war gestern nach viermonatlicher Unterbrechung wieder versammelt. Das Gesamtministerium legte die beiden Verordnungen zur Genehmigung vor, auf Grund deren der Ausnahmezustand für die böhmische Landeshauptstadt eingeführt worden ist. Ihm folgte der Justizminister mit der Einbringung eines Gesetzesentwurfes, welcher den Zweck hat, die nur mit provisorischer Wirksamkeit ausgefallene Kaiserliche Verordnung vom 7. Oktober durch ein bleibendes Gesetz zu ersetzen.

Sodann erfolgte die Einbringung eines Gesetzesentwurfes seitens des Justizministers, wodurch den Schwierigkeiten wirksam begegnet wird, mit denen seit Erlassung des neuen Ehegesetzes die Erlangung eines pfarramtlichen Zeugnisses über die angestellten Verlobungsversuche zum Behufe der Erwirkung der Schiedung in zahlreichen Fällen verbunden war. Wie bekannt, haben sich nämlich viele katholische Pfarrer geweigert, den Parteien, welche solche Zeugnisse begehrten, um sie ihren Scheidungsgesuchen an die weltlichen Gerichte beizulegen, sie auszustellen. Durch diesen Gesetzesentwurf wird nun die den Ehegatten im bürgerlichen Gesetzbuche auferlegte Verpflichtung, ihren Entschluß zur Scheidung vor Einleitung aller gerichtlichen Schritte zunächst ihrem ordentlichen Seelsorger bekannt zu geben, aufgehoben und werden die Gerichte angewiesen, wenn ein Scheidungsgesuch nicht mit dem Zeugnisse des ordentlichen Seelsorgers über die vergeblich vorgenommenen Verlobungsversuche belegt ist, die im §. 104 des bürgerlichen Gesetzbuches vorgeschriebenen Ermahnungen zur Verlobung selbst an die Gatten zu drei verschiedenen Malen in Zwischenräumen von acht Tagen zu richten.

Aus Prag wird gestern gemeldet: In den Ortsschaften Hochstadt, Eisenbrod und Starckenbach, die zu wiederholten Malen Schaupläze von tumultuösen Volksversammlungen und erzeffenen Auftritten waren und wo auch für morgen eine Zusammenkunft angekündigt ist, werden heute größere Abtheilungen Infanterie und Kavallerie einrücken. Zugleich ist den betreffenden Gemeinden die Verständigung zugegangen, daß im Reintensalle, oder wenn die Gemeindevorsteher die Ruhe und Ordnung nicht vollständig erhalten, entsprechende Militärabtheilungen auf Kosten der betreffenden Gemeinde als Exekution in einzelne Ortsschaften verlegt werden.

Paris, 19. Oktober. Nach Briefen, welche die „Agence Havas“ aus Madrid vom 17. d. erhalten hat, wären der König von Portugal und der Herzog von Montpensier diejenigen Thronkandidaten, welche ernstlich in Aussicht genommen würden. Die Veröffentlichung des erwarteten Regierungsmanifestes soll durch Meinungsverschiedenheiten verzögert worden sein, welche im Schooße der Regierung über die Proklamirung des Prinzipes der Freiheit religiöser Bekenntnisse und Kulte ausgebrochen seien.

Ein Korrespondent des „Gaulois“ theilt mit, Prim habe ihm gegenüber erklärt, daß er nie daran gedacht habe, zur Krone Spaniens zu gelangen und daß er, selbst wenn ihm dieselbe angeboten werden sollte, sie ausschlagen würde.

Rom, 12. Oktober. Es herrscht höchsten Orts Meinungsverschiedenheit, ob das Todesurtheil wider die Oktoberdelinquenten seinen Verlauf haben soll oder nicht. Der Paps will kein Preis scheinen, als fürchte er die italienische Demokratie, welche mit einer Helotombe von Racheopfern droht; andererseits dringen die Klerikalen auf eine exemplarische Strafe „im Namen der Gerechtigkeit“. Als der Präsident der agra Consulta, Mgr. Carletti, dem Paps die Sentenz zur näheren Kenntnissnahme vorlegte, soll er nach einigem Durchblättern gesagt haben: „Sie haben die Häupter geschont und der römischen Revolution nur den Schwanz abgeschneitten.“ Doch unsere Liberalen wollen den Paps besser kennen. Sie sind überzeugt, er würde nicht die Kraft in sich fühlen, das Todesurtheil wider die unglücklichen Monti und Tognetti zu genehmigen, wenn er die schreckhafte Mekelei der Zuaven im Hause Ajani,

die Zahl der in der Villa Cecchina unschuldig Gefallenen genau erfahren hätte, wenn er von der Ermordung so vieler wehloser Personen in den Häusern, auf Straßen und Plätzen unterrichtet wäre, Vor nächstem Freitag wird Sr. Heiligkeit nichts entschieden haben; es scheint, der Wind hat sich im Vatikan wieder gedreht und die Exekution wird am Tage des Aufstandes, also am 22. Oktober, auf der Piazza Scoffa Cavalli Angesichts der Kaserne Serristori stattfinden.

Madrid, 19. Oktober. Die „Gaceta de Madrid“ enthält ein Dekret, durch welches Nios Rosas zum Präsidenten des Staatsraths ernannt wird.

Ferner enthält das amtliche Blatt ein Dekret des Ministers der Gnade und Justiz, Romero Ortiz, welches die sofortige Aufhebung aller Mönchs- und Nonnenklöster, Kollegien und geistlichen Orden verfügt, welche seit dem 29. Juli 1837 begründet sind. Alle beweglichen und unbeweglichen Güter derselben sollen Eigenthum des Staates werden. Die den bezeichneten Anstalten angehörigen Mönche und Nonnen sollen keine Pension erhalten. Die Klöster, welche vor dem Jahre 1837 begründet sind, sollen auf die Hälfte reduziert werden und keine Novizen mehr aufnehmen dürfen. Diejenigen Klosterfrauen, welche weltlich zu werden wünschen, haben ihre Anträge an die Civilgouverneure zu richten; diejenigen, welche sich dem Unterrichte gewidmet haben, sollen in ihrer Stellung beibehalten werden.

Kopenhagen, 19. Oktober. Ein Theil der antiskandinavischen Bauernfreunde hat ein Amendement zu der Adresse des Volksthings eingebracht. Die Antragsteller wünschen, daß der Papsus in Betreff der Verlobung des Kronprinzen modifizirt werde und daß der Wunsch nach der Wiedervereinigung mit Nordschleswig in der Adresse zum Ausdruck gelange, wobei jedoch die Wichtigkeit der Freundschaft mit Preußen besonders betont werden soll.

Petersburg. Wie wir hören, hat sich das Leiden der russischen Kaiserin in der letzten Zeit während ihres Aufenthalts in Deutschland bedeutend gebessert, so daß Aussicht auf Radikalkur vorhanden ist. Dieselbe leidet bereits seit einer Reihe von Jahren an dem bekannten Weichselzopf (Plica polonica) einer entzündlichen Anschwellung der Haarwurzeln und hatten sich dem zufolge äußerst heftige Kongestionen des Blutes nach dem Kopfe bei ihr eingestellt, welche die russischen Aerzte bis dahin vergeblich zu paralyfieren versuchten. Auch die russischen Dampfbäder schienen ihre Leistung verjagen zu wollen, so daß man bereits in Petersburg von jeder weiteren Kurart zu abstrahiren beschloß. In letzter Zeit hat sich indessen in der Krankheit der Kaiserin eine günstige Wendung herausgestellt und es ist der äußerst seltene Fall eingetreten, daß sich ein Nachwuchs gesunder Haare in Fülle zeigt, so daß die Befürchtung der russischen Aerzte, es würde eine Metastase eintreten, wohl als beseitigt anzusehen ist.

Washington, 12. Oktober. General Sherman hat telegraphisch eine Truppenverstärkung verlangt, um zu verhindern, daß der Krieg gegen die Indianer sich in die Länge ziehe. Bei einem von dem Bürgermeister in Pittsburg verursachten Tumulte wurden der Bürgermeister und andere Personen verwundet. — Santa Anna ist aus Cuba ausgewiesen.

Vommeru.

Stettin, 20. Oktober. Ein hiesiges Blatt berichtete vor einigen Tagen, daß der Militärstatist bereit sei, die Bastion X. mit dazu gehörigem Terrain der Stadt für die Summe von 250,000 zu überlassen, so daß er also, da die Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft bereits 50,000 Thlr. gezahlt hat, eine Gesamteinnahme von 300,000 Thlr. erzielen würde. Diese Mittheilung ist indessen nicht zutreffend, vielmehr erfahren wir, daß der Fiskus bereit gewesen ist, außer Gewährung theilweiser Baufreiheit für die Oberwief und Beseitigung der Schneckenortwache die in Rede stehende Bastion mit ca. 70,000 D.-Fuß Grundfläche und die vorerwähnten 50,000 Thlr. der Stadt gegen die Verpflichtung zu überlassen, die erforderlichen erachteten neuen Befestigungen auf der Oberwief auf städtische Kosten auszuführen zu lassen. Dies Anerbieten ist indessen nicht acceptirt und sind die neuerdings wieder aufgenommenen Verhandlungen wegen Beseitigung der Bastion X. deshalb militärischer Seite abgebrochen.

Es ist angeregt worden, innerhalb des gesammten norddeutschen Bundesgebietes einen allgemein geltenden Wechselstempel dergestalt einzuführen, daß ein an einem Orte des Bundes gestempelter Wechsel in dem übrigen Bundesgebiete nicht nochmals gestempelt zu werden braucht. Kommt beispielsweise ein in Hamburg gestempelter Wechsel nach Bremen, so ist er dort wieder stempelpflichtig, und gelangt er von da nach Preußen, so unterliegt er dem dritten Stempel. Auch die deutsche Wechselordnung bedarf der größeren Uniformirung, abgesehen von Aenderungen, die durch die Aufhebung der Schuldhafte bedingt sind. Der Art. 87,

